

Jörg Mösgen
1. Beigeordneter und Kämmerer

**Einbringung des Haushaltes 2012 für die Stadt Kamen
Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 20.10.2011**

(es gilt das gesprochene Wort)

Mit Disziplin und Zuversicht

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

nach meiner Premiere im letzten Jahr sollte die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für 2012 eine Routineangelegenheit werden.

Ich wollte Ihnen heute den Haushaltsplan in veränderter Form präsentieren. Ihre Wünsche an bessere Lesbarkeit und Transparenz decken sich mit unseren Bestrebungen Gutes noch zu verbessern.

Stattdessen überreiche ich Ihnen nur meine Powerpointpräsentation, und ich muss Sie heute leider um Geduld bitten. Wir haben Sie, sehr geehrte Mitglieder des Rates, informiert, dass es der Verwaltung, dass es mir nicht möglich ist, Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 mit belastbaren Zahlen vorzulegen.

Zwei wesentliche Berechnungsgrundlagen sind noch unbekannt: die Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2012) und die Höhe der Kreisumlage. Die erste Proberechnung ist für Ende des Monats angekündigt. Es wäre unseriös, Ihnen ein Rechenwerk zu präsentieren, bei dem Abweichungen in mehrstelliger Millionenhöhe möglich sind, denn insbesondere der Soziallastenansatz, der für uns von erheblicher Bedeutung ist, kann diese Schwankungen beinhalten.

Wir werden Ihnen den Entwurf des Haushaltsplans unverzüglich zuleiten, wenn die Zahlen vorliegen. Ich bin sicher, dass die Beratungen der Fraktionen dadurch aber nicht gefährdet werden.

Eine Verschiebung des parlamentarischen Ablaufs haben wir diskutiert, aber verworfen. Wir möchten die Fristen der Gemeindeordnung einhalten. Kamen genießt bei der Kommunalauf-

sicht einen guten Ruf als verlässlicher Partner. Traditionell sind die Haushalte pünktlich verabschiedet worden.

Und Sie wissen am besten, welche organisatorischen Probleme wir verursacht hätten.

Gleichwohl bin ich in der Lage, Ihnen unsere wesentlichen Überlegungen zur Haushaltsplanung vorzustellen.

Ich möchte an meinem dreigliedrigen Aufbau vom vergangenen Jahr festhalten, wobei ich den Blick auf das laufende Haushaltsjahr 2011 nur noch kurz richte, denn dazu habe ich am Dienstag im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen.

Lassen Sie mich beginnen mit einigen grundsätzlichen Ausführungen zum Thema Kommunal Finanzen, mit den Auswirkungen der „großen Politik“ auf den Kamener Haushalt, bevor ich ausführlich auf den Produktplan 2012 eingehe.

1. Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Sie kennen die besorgniserregende Finanzsituation der Kommunen in NRW.

Mehr als die Hälfte der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen konnten in 2010 ihren Haushalt nicht ausgleichen. 138 Kommunen befinden sich derzeit dauerhaft im Nothaushalt, 35 von ihnen sind überschuldet oder werden innerhalb der nächsten zwei Jahre überschuldet sein. Nahezu alle Kommunen in NRW – bis auf 8 – müssen ihr Eigenkapital in Anspruch nehmen.

“Hundreds of mini-Greeces” (hunderte kleine Griechenlands) titelte der renommierte „Economist“ in einem Artikel über die deutschen Kommunal Finanzen im April (The economist, 20.04.2011).

Am 30.06.2011 beliefen sich allein die Kassenkredite der Städte und Gemeinden in NRW auf rund 21 Mrd. €; ein Anstieg von über 42% seit Dezember 2008 in nur zweieinhalb Jahren (bis dato 14,6 Mrd. €).

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände NRW insgesamt erreichten Ende 2010 eine Höhe von 56,8 Mrd. €.

Spitzenreiter in NRW mit dem höchsten Verschuldungsgrad ist jetzt Oberhausen mit über 8.000 € je Einwohner (zum Vergleich: NRW-Durchschnitt 3.183 €; Kamen mit 2.775 € noch darunter). Essen und Duisburg haben mittlerweile jeweils schon mehr als 3 Mrd. € Schulden. Die jährliche strukturelle kommunale Finanzierungslücke wird von den Gutachtern zuletzt mit 2,5 Mrd. Euro beziffert.

50% der Einwohner unseres Regierungsbezirks Arnsberg leben in Nothaushaltskommunen. Und Kamen ist da leider keine Ausnahme. Dass es unseren überschuldeten Nachbarn Selm und Schwerte noch schlechter geht, und dass das finanzstarke (abundante) Bönen innerhalb eines Jahres sein Eigenkapital sogar stärker eingebüßt hat als wir, ist wahrlich kein Anlass zur Freude.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
diese Situation kam nicht über Nacht. Die heutige Opposition im Landtag hat inzwischen selbst eingeräumt, die Entwicklung unterschätzt zu haben.

Was nun, was tun?

Die neue Landesregierung unter Hannelore Kraft hat Wort gehalten.

In der Vergangenheit mussten die Kommunen finanzielle Beiträge für den Landeshaushalt erbringen. Die rot-grüne Landesregierung hat dies rückgängig gemacht und einen Katalog von Veränderungen vorgenommen.

Die Mittel für die Gemeindefinanzierung wurden kräftig erhöht. Wird das GfG 2012 in der beabsichtigten Form verabschiedet, erhalten die nordrhein-westfälischen Kommunen die höchsten Unterstützungszahlungen aus Düsseldorf, die jemals bereitgestellt worden sind: 8,2 Mrd. €.

Das ist allerdings auch dringend notwendig! Und unwillkürlich denke ich an die Standardfrage der Fleischerfachverkäuferin. Ja, es darf auch ein bisschen mehr sein. Aber, unser Land stößt gleichermaßen an seine finanziellen Grenzen.

Deswegen begrüße ich den Stärkungspakt Stadtfinanzen. Deswegen ist die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Selbst wenn die zur Verfügung gestellten Landesmittel nicht ausreichen, um den Haushaltsausgleich aller Kommunen sicherzustellen.

Die Resonanz unter Fachleuten ist positiv, über Parteigrenzen hinweg. Schulden sind nicht rot, schwarz, grün oder gelb.

Schauen Sie sich die 34 überschuldeten Kommunen näher an, dann ist das ein buntes Bild von kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden, von roten genauso wie schwarzen und das Rheinland ist ebenso betroffen wie Westfalen. Parteipolitische Vorurteile laufen ins Leere.

Entscheidend ist weniger, ob man sich angestrengt hat, sondern welche Rahmenbedingungen man vorfindet.

Was ist der wesentliche Inhalt des Stärkungspakts?

Ich möchte das kurz skizzieren.

Stufe 1: für die 34 Ärmsten unter uns gibt es die Teilnahmeverpflichtung.

350 Mio. € Unterstützung jährlich, im Gegenzug müssen sie den Haushaltsausgleich innerhalb von 5 Jahren spätestens bis 2016 schaffen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel und erfordert einen eisernen Sparkurs.

Stufe 2 betrifft die Gemeinden, denen die Überschuldung bis 2016 droht. Sie können die Teilnahme beantragen. Mit der Konsolidierungshilfe ist der Haushaltsausgleich bis 2017 verpflichtend.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe Ihnen damit die Modelle gezeigt, die für Kamen nicht in Betracht kommen.
Ich sehe den Weg für Kamen auf andere Weise.

Die Verwaltung erarbeitet z. Z. ein ausgewogenes, tragfähiges HSK als Anlage zur Haushaltsatzung 2012, welches in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht im ersten Quartal 2012 dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ziel ist der Haushaltsausgleich.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir unsere Handlungsfähigkeit wiedergewinnen müssen und es gibt eine reale Chance.

Diese Chance bietet uns eine Gesetzesänderung. Der neue § 76 der GO macht den Weg frei, wenn wir den Haushaltsausgleich im Verlauf von 10 Jahren darstellen können. Wir werden das intensiv prüfen. Bis dahin bitte ich Sie, Spekulationen zurückzustellen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, das wird kein leichter Weg!

Wir können nicht darauf warten, dass die fortgesetzten Konnexitätsverletzungen des Bundes schlagartig aufhören, wir endlich bedarfsgerecht am Steueraufkommen partizipieren oder ein nachkriegsähnlicher Boom einsetzt.

Wir stellen fest, dass die Zeiten vorbei sind, in denen wir mit verwaltungsinternen Optimierungen und Kürzungen die Mitteleinsparungen erreichen, die das Problem an der Wurzel packen. Alles ist bereits zum xten Mal gedreht und gewendet.

Am Montag in der Zeitung lese ich den Hinweis, wir müssten konsequenter sparen.

Darf ich zitieren? Marcus Tullius Cicero, 106 – 43 v. Chr.:

„Zum Reichtum führen viele Wege, und die meisten von Ihnen sind schmutzig. Einer der besten ist die Sparsamkeit.“ (Rabirus Posthumus).

Sparen ist sicher richtig. Übrigens, auch mir liegt die Konsolidierung des städtischen Haushalts am Herzen.

Wie viel Sparpotential bietet eigentlich so ein städtischer Haushalt?

Kredite einfach mal nicht zurückzahlen (Modell Argentinien), Kreisumlage verweigern, mal einen Mahnbescheid vom Fonds Deutsche Einheit riskieren, Personal geschlossen nach Hause schicken (Modell California), die Unterhaltung der Gebäude einstellen, die Infrastruktur aufgeben, die Schulen und Kindertagesstätten schließen, keine Jugendhilfe, keine Feuerwehr, keine Aufträge mehr an die heimische Wirtschaft? Was ist mit steigenden Energiepreisen, steigenden Zinsen? Keine Bücherei, keine Musikschule, Schwimmen ausschließlich zuhause im großen Garten-Pool von Aldi?

Als ich hier anfing, habe ich unterschätzt, wie sehr mir insoweit die Hände gebunden sind. 2 - 3 Prozent mögen disponibel sein? Vielleicht.

Für jeden konkreten guten Vorschlag bin ich natürlich dankbar.

Es wird zum Schwur kommen. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sich sowohl auf die Ertrags- als auch auf die Aufwandsseite beziehen. Eins ist klar, ohne gravierende Einschnitte geht das nicht. Und noch eins ist auch klar. Wer nicht mitmacht, verliert den Gestaltungsanspruch und letztlich das Mitspracherecht.

Eine derartige Haushaltskonsolidierung erfordert ein Zusammenwirken aller Fraktionen. Wir müssen den Bürgern erklären, warum das notwendig ist. Nebenbei, ich wünsche mir da auch eine Unterstützung bei den Medien.

Das erfordert Schwerpunktsetzung und Mut.

Wir können nicht jeden verwaisten Kinderspielplatz erhalten und jede Zwergschule. Wir müssen die Grundversorgung sicher stellen und für ein vernünftiges Freizeitangebot sorgen. Dazu gehören natürlich auch Schwimmbäder. Aber man muss auch Wirtschaftlichkeitserwägungen anstellen dürfen. Wenn bei einem Straßenzug nur noch jede 2. Lampe brennt, haben wir nicht gleich Verhältnisse wie früher in der Bronx und die städtischen Grünanlagen müssen sich nicht auf dem Niveau einer Landesgartenschau befinden.

Wir haben in Kamen ein komplettes Schul- und Sportangebot. Die Schulen unserer Stadt sind großflächig saniert worden. Das Stadtbild ist durch umfangreiche Maßnahmen im Innenstadtbereich deutlich aufgewertet worden. Die Renaturierung der Seseke ist ein Plus für die Lebensqualität. Die Arbeiten am Bahnhofsumfeld stehen kurz vor dem Abschluss. Das Krankenhaus ist schuldenfrei. Mit dem Gesundheitshaus hat sich die ärztliche Versorgung weiter verbessert. Wir haben in Sicherheit investiert und mit Methler den letzten Feuerwehrstandort in Angriff genommen. Ich Kürze sind wir auch dort auf dem neuesten Stand. Wir kümmern uns sehr gezielt um die maroden Straßen, Schritt für Schritt.

Ich bin immer wieder erstaunt über die Vielzahl von kulturellen Veranstaltung im Laufe eines Jahres. Ich bin auch zuversichtlich, dass es bald gelingen wird, das leidige Problem um die Hertie Immobilie zu lösen.

Aber bitte, es muss auch die Erkenntnis reifen, dass wir in einer Nothaushaltskommune leben und da muss man einige Ansprüche mal zurückschrauben.

Kommen wir zu der

2. Ergebnisrechnung 2011

Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich beim laufenden Haushaltsjahr auf das Ergebnis beschränke.

Aus heutiger Sicht scheint uns mit der Ergebnisrechnung 2011 im Vergleich zu den im vergangenen Jahr prognostizierten Zahlen eine Punktlandung gelungen zu sein. Die Abweichungen heben sich gegenseitig auf. Steigerungen im Sozialbereich oder durch höhere Zinsen können durch ein Plus bei der Gewerbesteuer kompensiert werden.

Richtig erfreut bin ich darüber, dass es gelungen ist, die Kreditaufnahme wesentlich zu begrenzen. Seit Anfang des Jahres mussten wir noch kein weiteres Darlehen aufnehmen, und bei den Liquiditätskrediten verbessern wir uns im Ansatz um mehrere Millionen. D.h., statt das Girokonto wie befürchtet um weitere 12 Mio. € zu überziehen, werden wir wohl mit 5 bis max. 7 Mio. € auskommen.

Insgesamt rechne ich mit einem Jahresfehlbetrag i.H.v. rund 18 Mio. €.

3. Produktplan 2012

Ich kann keine seriöse Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2012 abgeben und beginne daher mit der Ertragsseite.

Im Vergleich zu 2011 haben wir den Ansatz für die Gewerbesteuer um 3 Mio. € auf 14 Mio. € angehoben. Das entspricht in etwa dem Ansatz, den wir momentan für das laufende Jahr verzeichnen. Danach erhoffen wir einen moderaten Anstieg.

Prognosen in diesen Zeiten sind schwierig. Der Wirtschaftsaufschwung ist erfreulich, die Steuerquellen fließen wieder, aber sie haben das Niveau von 2008 noch lange nicht erreicht. Schon kommen die ersten kritischen Stimmen. Es heißt, die „Party sei bald wieder vorbei“. Die tägliche Berichterstattung zur Eurokrise und Griechenland ist wenig ermutigend.

Mit großer Freude beobachte ich dagegen die gute Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Kamen. Bemerkenswert ist auch der positive Trend im Verhältnis zu unseren Nachbarn.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich will nicht verhehlen, dass mich die Steuerkraftentwicklung im Kreis Unna besonders interessiert.

Die konjunkturelle Erholungsphase findet ihren Niederschlag im Steueraufkommen.

In der Zeit vom 01.07.2010 bis zum 30.06.2011 wuchs die Steuerkraft der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden um rund 1,5 Mrd. € (= 9,6%).

Leider ist das nicht 1:1 auf den Kreis Unna übertragbar. Hier betrug der Zuwachs im Vergleichszeitraum nur 1,9% (5,6 Mio. €). Im Pro-Kopf-Vergleich liegt unser Kreis nahezu $\frac{1}{4}$ unter dem landesweiten Steueraufkommen (754 € zu 976 €).

Diese Entwicklung korrespondiert mit der Einkommensentwicklung auf der Kreisebene.

Die Einkommen je Steuerpflichtigen liegen im Kreis Unna 6,5% unter Landesdurchschnitt. 6,5% erscheint wenig, im Landesvergleich bedeutet das rund 380 Mio. € geringeres zu steuerndes Einkommen.

Das hat natürlich Konsequenzen für das verfügbare Einkommen je Einwohner. Verfügte jeder Einwohner des Kreises Unna 2009 über 18.276 €, bringt es der Nordrhein-Westfale auf immerhin 19.682 € oder 7,1% mehr. Das entspricht einem Differenzwert auf der Kreisebene von fast 580 Mio. €.

IT-NRW enthüllt schonungslos: am äußersten Ende Bergkamen auf Platz 391 von 396 NRW-Kommunen, dicht gefolgt von Bönen (383) und Lünen (375), kamen ein Stück weit weg auf 314, aber noch mit Selm zum unteren Drittel in NRW gehörig.

Nur am Rande: Sie ahnen, was in unserer Region passieren würde, wenn bestimmte politische Versuche auf Bundesebene Erfolg hätten, die Gewerbesteuer durch eine Beteiligung am Einkommensteueraufkommen zu ersetzen.

Und wenn ich heute lese, Koalition einigt sich, geplante Steuersenkungen ab 2013, bin ich gespannt, was da wieder Unausgegorenes auf unseren Haushalt zurollt.

Im Rahmen der Überlegungen zum Haushaltsausgleich spielt natürlich die Frage der Erhöhung der örtlichen Steuern eine besondere Rolle.

2011 haben wir den Hebesatz der Grundsteuer von 410% auf 440% angehoben.

Wir werden die Entwicklung in den Kommunen, die zum Kreis der 34 gehören, gespannt beobachten. Unter der Hand hört man bereits von der Verdoppelung der Hebesätze.

Ich schlage vor abzuwarten und mit Augenmaß zu reagieren. Dies gilt analog für die Gewerbesteuer.

Die Schlüsselzuweisungen sind noch unbekannt. Die Aktualisierung des Gewichtungsfaktors beim Soziallastenansatz von 9,6 auf 15,3 ist für uns ausgesprochen positiv.

Betrachtet man die Aufwandsseite näher, dann fällt sehr schnell auf, dass fast kein Bereich disponibel und auch nur marginal beeinflussbar ist. Ich habe das eben schon angedeutet.

Ich kann die Zahlungen an den Kreis nicht einstellen, die Sozialleistungen wachsen stetig, wir sind immer noch verpflichtet, den Fonds Deutsche Einheit zu bedienen. Wir bemühen uns, das Zinsmanagement zu optimieren und durch energetische Sanierung zu sparen. Steigende Zinsen und Energiekosten können wir nur begrenzt auffangen. Personalabbau stößt irgendwann an Grenzen, Bürger haben Anspruch auf Service und Leistungsverwaltung beinhaltet Pflichten.

Der Anstieg der Soziallasten ist die Hauptursache der kommunalen Finanzmisere. Die beschlossene, schrittweise Kostenübernahme ab 2014 für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung reicht nicht aus. Das ist nur einer von den vier großen sozialen Aufgabenblöcken.

Allein im Jahr 2010 betragen die Ausgaben der Kommunen in NRW in diesem Bereich über 1 Mrd. € (1,074 Mrd. €). Tendenz steigend.

Der Bund muss sich ebenso an den Kosten der Unterkunft und Heizung, der Eingliederung für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege beteiligen.

Die Zahlungen des Bundes bleiben damit hinsichtlich ihrer Höhe als auch des Zeitpunktes hinter dem zurück, was das Gutachten von Lenk/Junkernheinrich für erforderlich hält, um die strukturelle Lücke zu schließen.

Ein Wort zu den Abschreibungen, zurzeit noch rund 12 Mio. € mit fallender Tendenz. Logisch, dass wir den Werteverzehr nicht aufhalten können, wenn wir unsere Investitionen zurück-

fahren (müssen). Ein Beispiel, in 8 Jahren vermindert sich das Abschreibungsvolumen auf einen Schlag um eine Million, wenn Straßen in großem Umfang abgeschrieben sind.

Haben Sie sich schon mal die Frage gestellt, ob nicht auch ein Teil unserer Probleme darauf zurückzuführen ist, dass wir in NRW im bundesweiten Vergleich als Erste das kamerale System verlassen haben. Buchhalterisch vernichten wir unser Eigenkapital und am Ende führt das sogar zu Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme. Mittel- bis langfristig könnte das dazu führen, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen bundesweit die teuersten Kredite aufnehmen müssen.

Damit sind wir bereits beim Thema Darlehensmanagement.

2012 wollen wir unsere Darlehensaufnahme auf unter 500.000 € begrenzen, so dass wir die 49 Mio. € nicht überschreiten. Die Einsparbemühungen der Verwaltung zahlen sich aus. Ich bin froh, dass wir den Anstieg deutlich verlangsamen konnten.

Bei den Kassenkrediten zeigt die Kurve leider nach oben.

Ich hoffe, dass es uns aber gelingt, ähnlich wie 2011 auch 2012 unter den Ansätzen zu bleiben. Wir werden den Sparkurs konsequent fortsetzen.

Sicher haben Sie auch von der Ankündigung der WL-Bank gelesen, Nothaushaltskommunen keine weiteren Kredite zu gewähren. Ich betrachte die Entwicklung sehr gelassen, da wir viele Kredite langfristig und bei verschiedenen Gläubigern angelegt haben. Im Übrigen wäre das Problem bei einem Haushaltsausgleich gänzlich vom Tisch.

Völlig absurd finde ich die Diskussion, die der Essener Kollege vor einigen Tagen angestoßen hat, der fahrlässig von der geordneten Insolvenz überschuldeter Kommunen daher geplaudert hat. Ich erinnere daran, was uns ähnliche Bemerkungen schon im Zusammenhang mit Griechenland gekostet haben. Wir sollten alles vermeiden, dass sich die Kommunen selbst zerfleischen und die Ratingdiskussion noch von sich aus befeuern.

Natürlich habe ich Kenntnis von diesen Entwicklungen, ob deutsche Bank oder KfW oder Ratingagentur Fitch, die im Jahr 2010 in einer umfassenden Studie alle Kommunalhaushalte in NRW untersucht hat. Nach Presseberichten aus dem letzten Jahr wurden 122 der 422 Kommunen als „schwach“ oder „sehr schwach“ eingestuft. Welch Überraschung.

Die Höhe der Kreisumlage werden wir in Kürze erfahren.

Durch das im März 2011 verkündete „Gesetz zur Änderung von Regelbedarfen und Änderung des SGBV II und SGB XII“ (Bildungs- und Teilhabegesetz) sind weitere gravierende Veränderungen für den Kreishaushalt eingetreten, die eine Neuberechnung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage erforderlich machen.

Große Sorge bereitet der unaufhaltsam wachsende Anstieg der Kosten der Unterkunft.

Dennoch hoffe ich, dass die Kreisumlage spürbar gesenkt werden kann. Vor überzogenen Hoffnungen möchte ich aber warnen.

Der beim Kreis Unna eingeleitete Haushaltssicherungsprozess wird sich positiv auf die Kreisumlage auswirken. Schön wäre es, wenn ihn die Kollegen noch verstärken.

Der Kreiskämmerer wartet seinerseits auf das Ergebnis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. LWL-Direktor Dr. Kirsch hat medial schon Vorkehrungen getroffen und verkündet, dass er das größte Defizit in der Geschichte seines Verbandes erwartet. Er werde die Landschaftsumlage erhöhen und die Kreise und Städte stärker zur Kasse bitten müssen.

Gestatten Sie mir dazu die kritische Anmerkung, dass auch der LWL nicht nur eine Einnahmeseite hat. Auf die Frage wie er die Möglichkeit sehe, die Haushaltslücke über Darlehen zu finanzieren, wird Kirsch zitiert: „neue Schulden sind keine Lösung“. Das sage ich demnächst auch.

4. Investive Maßnahmen 2011

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach intensiven Gesprächen und Abwägungsprozessen haben wir aus den Mittelanmeldungen der Fachbereiche Listen über Investitionsvorhaben erstellt, die ich Ihnen zur Entscheidung vorlege.

Der Aufbau der Zusammenstellungen ist Ihnen aus dem Vorjahr geläufig.

Die größte Maßnahme, der Westabschnitt der Derner Straße, ist bereits im Rat thematisiert und genehmigt worden. Bei den weiteren geplanten Maßnahmen ist die Umsetzung im Wesentlichen möglich.

Größere Projekte, zu denen ich auch die Sanierung weiterer Straßen zähle, sind im Nothaushalt nicht gänzlich ausgeschlossen, aber wir müssen sie jährlich nacheinander abarbeiten.

5. Gebührenhaushalte

Traditioneller Bestandteil des Haushaltsentwurfs ist die Entwicklung bei den Gebührenhaushalten.

Bei den Märkten und dem Bestattungswesen ergeben sich keine Gebührenänderungen, auch die Gebühren für den Biomüll können konstant bleiben, wenn die Restmüllgebühren um 3,5% angehoben werden. Beim Rettungsdienst ist eine Reduzierung der Gebühren um 2,7% möglich.

Anders sieht es bei der Straßenreinigung aus. Es überrascht nicht, dass aufgrund des letzten strengen Winters eine deutliche Anhebung um 21,3% unvermeidlich ist. Für den Besitzer eines Einfamilienhauses (bei 25 Meter Grundstückslänge) wird dies beispielsweise eine Erhöhung von 16 Euro im Jahr bedeuten.

Ich habe Ihnen erneut eine Zusammenstellung der Grundbesitzabgaben für eine vierköpfige Familie in einem Einfamilienhaus beigelegt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Gebühren für die Stadtentwässerung eine vorläufige Schätzung darstellen, weil der Wirtschaftsplan nebst Kalkulation erst am 8. November in den Betriebsausschuss eingebracht wird, und ich dem nicht vorgreifen möchte.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem aktuellen Haushaltsplanentwurf sind wir leider noch weit entfernt vom ausgeglichenen Haushalt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Überschuldung abzuwenden und den Haushaltsausgleich zu erreichen. Die neuen Rahmenbedingungen stimmen mich hoffnungsfroh, dass es mittelfristig gelingen wird.

Ein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Bereich Finanzen und Steuern sowie allen anderen, die engagiert und kompetent bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgearbeitet haben.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen viel Erfolg. Die Verwaltung steht Ihnen jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.